

INTERVIEW MIT PASCAL GENTINETTA, DIREKTOR ECONOMIESUISSE

Ohne Subventionen und Vorschriften

Economiesuisse hat sich in der Antwort auf den Masterplan Cleantech für einen grünen innovationsgetriebenen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen. Sie setzt auf freiwillige Zielvereinbarungen mit einzelnen Branchen. Subventionen und staatliche Vorschriften seien das falsche Rezept, sagt Direktor Pascal Gentinetta.

INTERVIEW STEFFEN KLATT

Das Parlament hat beschlossen, den CO₂-Ausstoss in der Schweiz bis 2020 um 20 Prozent zu senken. economiesuisse wollte nur 10 Prozent. Sind Sie enttäuscht?

Pascal Gentinetta: Die rund 30 000 Unternehmen, die wir vertreten, stehen klar hinter einem Ziel von 20 Prozent. Aus unserer Sicht ist es absolut zentral, dass wir eine Flexibilität zwischen Massnahmen im Inland und im Ausland haben, um dieses Ziel zu erreichen. Für das Klima ist eine Reduktion um eine Tonne CO₂ gleich wert, ob sie im Ausland oder im Inland erfolgt. Wenn es diese Flexibilität nicht geben soll, ist das aus ökonomischer und ökologischer Sicht absolut unverständlich.

Warum geht die Flexibilität verloren? Die Schweiz hat angeboten, bis zu 30 Prozent zu verringern, wenn andere Länder mitziehen. Das kann über Kompensationen im Ausland erfolgen.

Die Flexibilität geht insofern verloren, als wir über das hinausgehen, was international vereinbart wird. Die Schweiz hat bisher gezeigt, dass sie ihre Ziele erreichen kann. Aber wenn man im Alleingang übererfüllt, dann riskiert man Auslagerungen, und damit auch ökologisch kontraproduktive Folgen. Die Schweiz sollte sich weiterhin in das international abgestimmte Vorgehen einbetten.

Sind 20 Prozent zuviel für die Schweizer Wirtschaft?

Nein. Wir stehen klar hinter dem Ziel von 20 Prozent, aber bestehend aus einem Mix von Inland- und Auslandmassnahmen. Es geht daher nicht darum, was zuviel ist, sondern darum, welcher Mix nach unseren bisherigen Erfahrungen realistisch ist. Als Präsident der Energieagentur der Wirtschaft habe ich einen guten Einblick über das, was 2000 uns angegliederte Unternehmen tagtäglich und freiwillig tun, weil es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Wenn wir

unrealistische Ziele setzen, dann setzen wir bewährte Instrumente wie die Energieagentur der Wirtschaft aufs Spiel.

Die 10 Prozent, die nun zusätzlich eingespart werden, kommen zu einem guten Teil aus der Gebäudesanierung. Das generiert Umsatz im Inland. Ist das nicht gut für die Wirtschaft?

Die Frage ist, zu welchem Preis. Wir laufen Gefahr, CO₂ zu immensen Kosten einzusparen. Die Reduktion einer Tonne CO₂ kostet im Ausland etwa 15 bis 20 Franken. Im Gebäudereich in der Schweiz muss für eine Tonne Reduktion von 300 bis zu 900 Franken bezahlt werden. Im Ausland können Sie somit mit dem gleichen Geld 20 bis 40 Mal mehr erreichen! Wir verstehen nicht, dass man sich hier ideologisch selbst ein inländisches Korsett setzen will, das ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll ist. Wir hoffen sehr, dass das Parlament dies noch korrigieren kann. Ansonsten rechne ich mit einem erheblichen Widerstand aus der Wirtschaft.

Das Geld, das in die Gebäudesanierung fliesst, bleibt in der Schweiz. Das Geld, das ins Ausland fliesst, ist weg. Sollten Sie nicht darauf drängen, das Geld in der Schweiz zu lassen?

Da muss ich Sie korrigieren. Anlagen im Ausland, die höhere ökologische Standards erfüllen müssen, brauchen dafür Technologien. In diesem Bereich hat die Schweiz Know-how. Technologie und Know-how kann die Schweiz über Kompensationen auch im Ausland einsetzen. Der Franken, der im Ausland eingesetzt wird, verpufft nicht. Er gibt unseren Technologien Exportchancen.

Laut dem Bund ist der Schweizer Anteil am Weltmarkt für Cleantech gesunken...

Sie beziehen sich auf eine Auswertung des Bundes, die

«Das Instrument der freiwilligen Zielvereinbarungen, die angepasst sind an die Potentiale der Unternehmen, bewährt sich.»

Pascal Gentinetta



ZUR PERSON:

Dr. Pascal Gentinetta arbeitet seit 1999 für den Wirtschaftsdachverband economiesuisse und ist seit 2007 Vorsitzender der Geschäftsleitung. Der 1970 geborene Walliser hat in St. Gallen Wirtschaft und Recht studiert.

CLEANTECH VOR NEUEM FRÜHLING

Die Ölfördergebiete in Nordafrika und im Mittleren Osten brodeln. Die Kernkraft scheint nach den Reaktorunfällen nicht mehr sicher zu sein. An Cleantech führt kein Weg mehr vorbei. Wer sich jetzt auf diesen Weg macht, kann gewinnen.

Nichts wird mehr so sein wie vorher: Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die angesichts der Reaktorunfälle in Japan faktisch das Ende der Kernkraft in Deutschland verkündet hat. Sie verhängte nicht nur ein Moratorium für die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke. Sie sprach sich vor allem so klar wie nie für die Förderung der erneuerbaren Energien aus. «Wir werden während dieses Moratoriums ausloten, wie wir den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien forcieren und noch schneller erreichen können.»

Mit anderen Worten: Das einstige Pionierland der erneuerbaren Energien, das in den letzten Jahren hinter der Konkurrenz aus Asien zurückzufallen schien, gewinnt wieder an

Schwung. Deutschland macht sich auf den Weg, die Atomkraft durch die erneuerbaren Energien abzulösen.

Es geht nicht mehr um das Ob. Es geht auch nicht mehr um das Wann - das ist das durch das Laufzeitende der Kernkraftwerke vorgeschrieben. Es geht nur noch um den besten und schnellsten Weg dorthin. Deutschland wird sich doppelt beeilen müssen. Denn auch die dreckigen Kohlekraftwerke werden ersetzt werden müssen.

Das sind hervorragende Nachrichten für Schweizer Unternehmen, die im weiten Sinn im Cleantechbereich tätig sind. Denn sie erhalten wieder einen anspruchsvollen Kunden, der innovative Produkte und Dienstleistungen braucht. Das sind auch gute Nachrichten für Schweizer Forscher. Denn auch sie können ihre Lösungen einbringen.

Der neue Schwung beim grossen Nachbarn tröstet ein wenig darüber hinweg, dass es in der Schweiz nur zu einem Schwüngli reicht. Am

gleichen Tag, an dem Merkel der Kernkraft die Zukunftsfähigkeit abgesprochen hat, sistierte Doris Leuthard in Bern gerade mal die Rahmenbewilligungsverfahren für Ersatzkernkraftwerke. Damit besteht immer noch Aussicht, dass die Schweiz viele Milliarden Franken für eine Technologie der Vergangenheit ausgibt – Geld, das für den Aufbau einer stabilen erneuerbaren Energieversorgung fehlt.

Wenige Tage vorher hatte Doris Leuthard noch das zaghafte Klimaziel des Bundesrates (und der economiesuisse) verteidigt. Doch der Ständerat folgte dem Nationalrat und swisscleantech, dem Verband nachhaltig orientierter Unternehmen. Die Schweiz wird nun bis 2020 ihren CO₂-Ausstoss im Inland um 20 Prozent statt nur um 10 Prozent senken. Das dürfte die Baubranche freuen, denn sie wird mit Gebäudesanierungen einen erheblichen Teil dazu beitragen.

Überhaupt die Baubranche: Ausgerechnet sie, der ein Ruf des ewigen Konservatismus

vorausleitet, hat mit dem Erfolg von Minergie gezeigt, dass sich Nachhaltigkeit und geschäftlicher Nutzen bestens vertragen können.

Doch alle Branchen haben die Chance, vom neuen Schwung für Cleantech zu profitieren. Es geht um Energieeffizienz, leistungsstärkere erneuerbare Energien, intelligentere Netze, nachhaltige Mobilität und neue Materialien – und das weltweit. Die Chancen bieten sich überall.

Nur: Man muss die Chancen erst kennen, bevor man sie nutzen kann. Bisher war das faktisch unmöglich. Nun entsteht eine Plattform, die jene Nachrichten zusammenträgt, die für Schweizer Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsförderer und Organisationen wichtig sind: www.cleantech.ch. Die gleichnamige Rubrik in der Unternehmerzeitung, die nun das erste Mal erscheint, wird jeweils einen kleinen Ausschnitt dessen zeigen, was auf der Nachrichtenplattform zu finden ist.

«Für die Wirtschaft ist klar, dass die nachhaltige Vermeidung einer Stromlücke hohe Priorität genießt.»

Pascal Gentinetta

Patentanteile verglichen hat. Die Studie sagt, dass wir im Cleantech weniger exportieren als im nicht Cleantech Bereich – was per se schon eine fragwürdige Definition ist. Wir sehen aber im Cleantech grosse Chancen, vor allem wenn es eine internationale Klimavereinbarung gibt. Eine Lösung gibt es nur, wenn sich Länder wie China, Indien und die USA auf Klimaziele verpflichten. Dann wird es in diesen Ländern auch industrielles Know-how brauchen. Und wo gibt es das? Unter anderem in der Schweiz.

Chinesische und koreanische Unternehmen profitieren von staatlichen Subventionen. Werden damit nicht Schweizer Unternehmen aus dem Markt gedrängt?

Wenn ich die Exporte der Industrie und ihrer Dienstleistungen anschau, dann muss ich sagen: Die Schweiz ist auf einem Erfolgskurs. Das ist der Beweis, dass die Rezepte von Spanien und anderen Ländern, die gewisse Industrien subventionieren, nicht bei uns übertragen werden sollten. Es stimmt aber, es entstehen mit Subventionen unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen, und dagegen muss die Schweiz Einspruch erheben. Das heisst aber nicht, dass wir auf diesen falschen Ansatz wechseln sollen.

Auch die Schweiz kennt Subventionen. In Basel haben Förder- und Lenkungsabgaben seit den 80er Jahren erreicht, dass der Strom zu fast 100 Prozent aus erneuerbaren Energien kommt.

Wir sehen das anders. Eine Subvention wird dann verlangt, wenn eine Technologie nicht marktfähig ist. Das sind also Technologien, die ihre Kunden nicht überzeugen können.

Es gibt aber andere Technologien, die absolut marktfähig sind und gleichzeitig ökologische Vorteile bringen: Das sind die richtigen Innovationen und Technologien, die sich auf die Dauer durchsetzen.

Finanziert nicht auch in der Schweiz indirekt Innovationen? Bund und Kantone investieren in die Hochschulen, die Grundlage der Innovation.

Hier reden wir von der Grundlagenforschung, ein Basiswissen, das letztlich den Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Produktentwicklung ist etwas anderes. Wir sehen es nicht als Aufgabe des Staates an, quasi planwirtschaftlich zu verordnen, welche Sektoren oder welche Technologien gut sind und welche nicht. Wir sind gegen eine Trennung zwischen «grünen» Industrien, die man fördern soll, und den anderen Industrien.

Die erneuerbaren Energien hätten es ohne die Staatshilfe in Deutschland, Dänemark und Spanien nicht so schnell geschafft, zu einer weltweit starken Branche zu werden...

Spanien zum Beispiel ist mit einer Schuldenkrise konfrontiert und muss Subventionen streichen. Es ist also kein nachhaltiger Ansatz, wenn ein Produkt nicht selbsttragend ist. Wir versperren uns nicht den erneuerbaren Energien. Im Gegenteil. Wir sagen nur, dass wir verschiedene Ansätze verfolgen sollen. Wenn wir zum Beispiel Strom brauchen, dann müssen wir realistisch sehen, dass die erneuerbaren Energien nicht innerhalb absehbarer Zeit von ihrem geringfügigen heutigen Niveau auch nur auf einen bescheidenen

Anzeige

DRUCKEN von ÜBERALL.
Direkt per E-MAIL.
Mit ePrint von HP.

Ab sofort haben die neuen, internetfähigen Drucker von HP eine eigene E-Mailadresse. Alles, was Sie per E-Mail senden können, können Sie auch drucken. Und müssen dazu nicht einmal einen Computer anschließen.

www.hp.com/ch/de/officejet

©2011 Hewlett-Packard Development Company, L.P. Zur Verwendung dieser Funktionen benötigt der Drucker einen Internetzugang. Für bestimmte Serviceleistungen ist eine Registrierung erforderlich. Einzelheiten unter www.hp.com/ch/de/officejet

NEU: HP OFFICEJET PRO
e-All-in-One



HIT PRINT
BRILLIANTLY

Anteil kommen können. Wenn man in dieser Situation die Kernkraft stoppt, dann hat man sofort eine massive Stromlücke. Und wenn ich von Kernkraft spreche, so ist klar, dass wir die gravierenden Vorfälle in Japan nicht ausblenden dürfen. So ist zunächst eine umfassende Analyse der Vorgänge angezeigt. Erst dann können wir allfällige sicherheitstechnische Rückschlüsse für unser Land herleiten. Für die Wirtschaft ist aber ebenso klar, dass die nachhaltige Vermeidung einer Stromlücke eine hohe Priorität genießt.

Jetzt sprechen Sie selbst von Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich, die eigentlich nichts anderes sind als Subventionen für die Kernkraft...

Theoretisch ja. Aber hier – mit Ausnahme der Wasserkraft – ist der Preis nicht kostendeckend ohne Subventionen.

Können Sie nicht die gleiche Summe, mit der Sie ausländische Kernkraftbauer wie die französische Areva oder die russische Rosatom beglücken wollen, in den Ausbau erneuerbarer Energien in der Schweiz stecken?

Nochmals. Wir wollen keine neue «Landwirtschaftspolitik» in der Energiewirtschaft.

Warum wollen Sie so viel Geld in eine Energiequelle stecken, die nicht erneuerbar ist und an der Schweizer Produzenten nichts verdienen?

Wir sagen nicht, dass wir andere Pisten nicht weiterverfolgen sollen. Wir sagen nur, dass das Potential erneuerbarer Energien in absehbarer Zeit begrenzt ist. Selbst wenn man die Kapazität von Wind- und Solarenergie in der Schweiz verzehnfachen würde – was selbst von Experten in den nächsten 20 Jahren nicht als realistisch angesehen wird –, würde man nie den Ausfall der Stromproduktion der beste-

henden AKW kompensieren können. Man kann es bedauern, aber es ist ein Fakt.

Economiesuisse hat sich in der Antwort auf den Masterplan Cleantech des Bundesrats für den Umbau zu einer grünen Wirtschaft ausgesprochen. Warum?

Es geht nicht um einen planwirtschaftlichen, sondern um einen freiwilligen, innovationsgetriebenen Umbau. Denn Unternehmen haben aus Kostengründen ein inhärentes Interesse, schonend mit den Ressourcen umzugehen. Aber es ist nicht nur aus Kostengründen sinnvoll, den Energieverbrauch zu senken, sondern auch aus ökologischen Gründen. Es muss deshalb eine Politik definiert werden, die Ökonomie und Ökologie nicht künstlich gegeneinander ausspielt. Deshalb haben wir in unserer Antwort auf die Vernehmlassung auch klar gesagt, dass wir die Wirtschaft nicht in Branchen aufteilen wollen, die «clean» sind, und jene, die nicht «clean» sind. Alle Bereiche der Wirtschaft haben ein Potential. Das ist aber zwischen den Branchen und auch innerhalb der Branchen unterschiedlich. Deshalb erachten wir es als gefährlich, wenn man einheitliche Vorgaben oder auch sektorielle Vorgaben macht. Wichtig ist, dass man positiv vorwärts geht, Wachstum ermöglicht und differenzierte Lösungen findet.

Mit welchen Mitteln kann die Wirtschaft dazu gebracht werden, weniger Ressourcen zu verbrauchen und weniger CO₂ auszustossen?

Wir machen im Rahmen der Energieagentur der Wirtschaft sehr gute Erfahrungen. Das Instrument der freiwilligen Zielvereinbarungen, die angepasst sind an die Potentiale der Unternehmen, bewährt sich. Gut ist auch, dass Übererfüllungen weiterverkauft werden können. Solche individuelle firmenbezogene Lösungen sind ein Ansporn, die gesteckten Ziele zu übertreffen.

« Es muss eine Politik definiert werden, die Ökonomie und Ökologie nicht künstlich gegeneinander ausspielt »

Pascal Gentinetta